

# Alternativen zur antidemokratischen Wirtschaft

Attac Winterschule, 26.01.2014

Klaus Pfaffelmoser

## 1 Inhalt

Zur Darstellung von Alternativen zur antidemokratischen Wirtschaft werden zunächst die Fehlfunktionen der kapitalistischen Wirtschaftsweise aufgezeigt, die zunehmend zu einer „Neutralisierung“ der Demokratie führen.

Anschließend werden anhand von Beispielen grundlegende Unterschiede zwischen demokratisch gestalteten Entscheidungsprozessen und den Entscheidungsprozessen in der Privatwirtschaft aufgezeigt.

Darauf aufbauend werden Grundstrukturen dargestellt, die eine am Gemeinwohl orientierte, solidarische und demokratische Wirtschaftsweise aufweisen sollte.

## 2 Fehlfunktionen der kapitalistischen Wirtschaft

### 2.1 Systembedingte Akkumulation des Kapitals

Eine grundlegende Problematik der kapitalistischen Wirtschaft ist eine zunehmende Konzentration des Kapitals bei einigen Wenigen. Diese ist durch eine positive Rückkopplung verursacht: die Möglichkeiten, Kapital zu vermehren werden umso größer, je mehr man davon hat. Die folgenden Statistiken belegen die Konzentration:

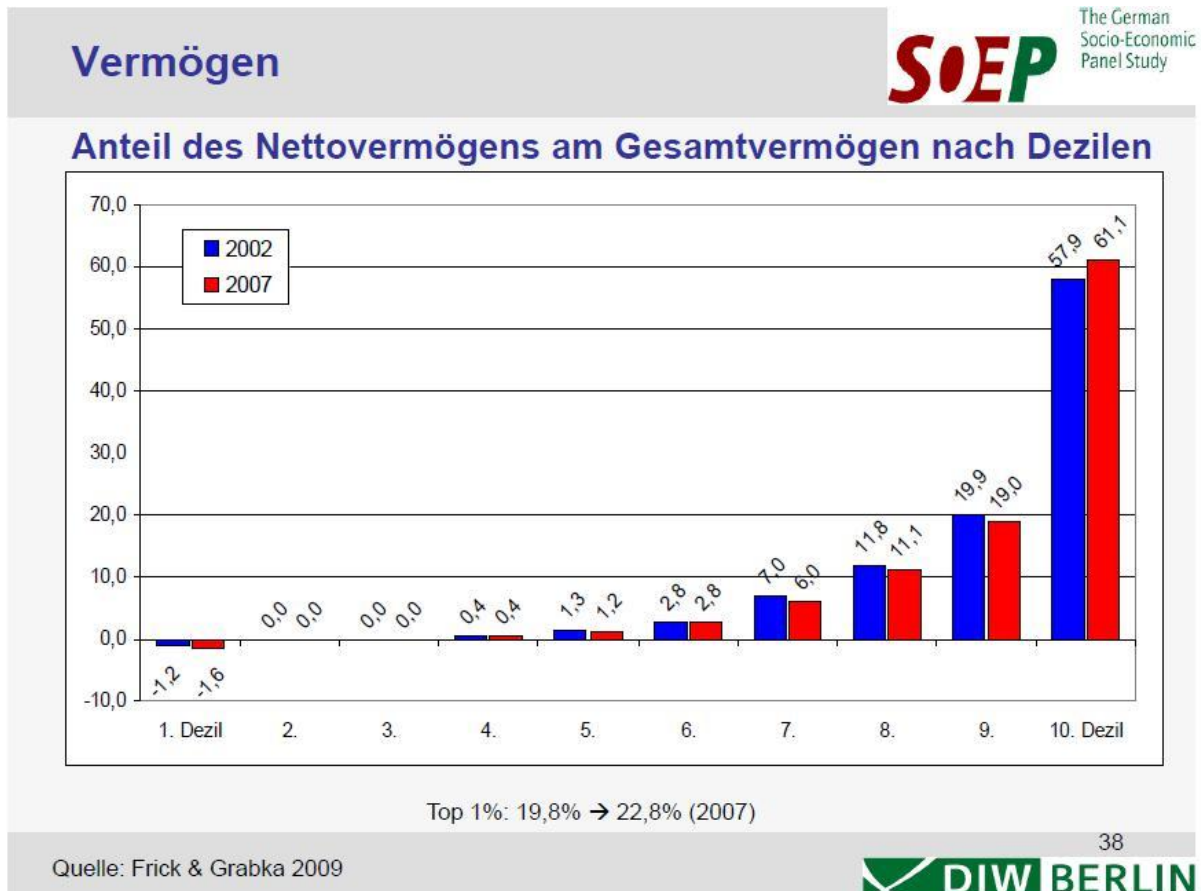
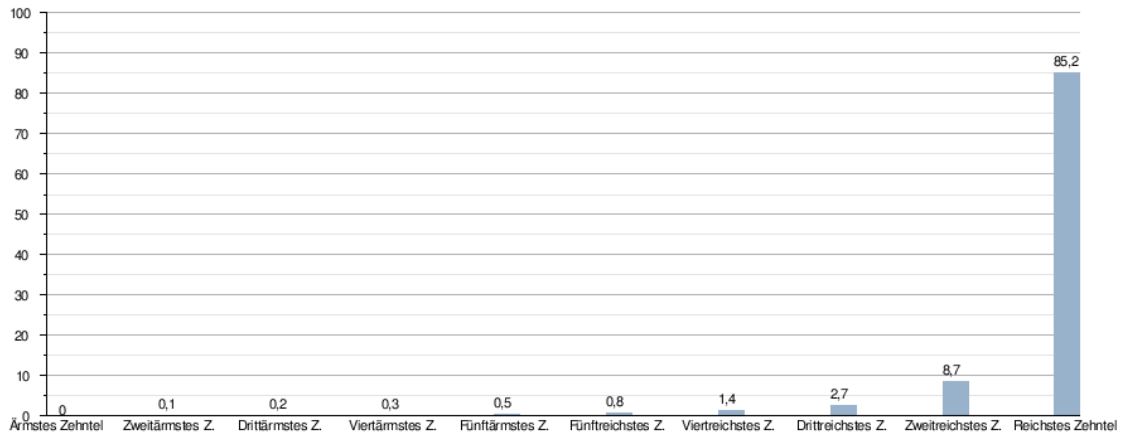


Abbildung 1 Vermögensverteilung in Deutschland und deren Entwicklung von 2002 bis 2007



Quelle: Personal Wealth from a Global Perspective, Oxford University Press 2009 (S. 403)

## Abbildung 2 Weltweite Vermögensverteilung 2009

Nach einer Studie von S. Vitali, J. Glattfelder und S. Battiston kontrollieren 146 transnationale Konzerne (TNCs) ca. 40% der Wirtschaftsleistung aller TNCs und der von ihnen beherrschten nationalen Unternehmen. 837 TNCs kontrollieren ca. 80% und 15.491 TNCs ca. 95% dieser Wirtschaftsleistung [1], [2].

## 2.2 Worin wirtschaftliche Macht besteht

Der Kern wirtschaftlicher Macht besteht darin, die Entscheidungsgewalt über Investitionen zu haben. Das bedeutet, die Entscheidungsgewalt darüber zu haben, wer wo wofür arbeitet. Das bedeutet insbesondere, dass die Inhaber wirtschaftlicher Macht darüber entscheiden

- wo Arbeitsplätze entstehen
- welche Qualität diese Arbeitsplätze haben

Sie entscheiden damit mittelfristig über

- regionale und nationale Einkommensverteilungen
- regionale und nationale Steuereinkommen

Darüber hinaus kann mit Geld politischer Einfluss „gekauft“ werden. Es werden Menschen durch finanzielle Mittel gefördert bzw. dafür angestellt, die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen zu vertreten. Das bedeutet eine ungleiche Einflussnahme auf politische Entscheidungen. Die wesentlichen Bereiche sind:

- Parteipenden  
In diesem Fall werden die Möglichkeiten von Parteien, die die Interessen der wirtschaftlichen Machthaber vertreten, verbessert, die Macht zu erhalten und auszubauen.
- Lobbyismus  
Es werden Menschen dafür bezahlt, die Gesetzgebung direkt im Sinne der wirtschaftlich Mächtigen zu beeinflussen. Es gibt in Berlin ca. 5.000 (freiwillig) registrierte Lobbyisten und in Brüssel ca. 15.000.
- Presse  
Die Presse ist zum größten Teil im Eigentum wirtschaftlich Mächtiger und ist dem Konzentrationsprozess des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterworfen. Insbesondere gilt dies auch für Nachrichtenagenturen, die den Fluss der Informationen maßgeblich steuern, da die Presseorgane eigene Recherchen (aus Kostengründen) in immer kleinerem Umfang durchführen.
- Denkfabriken

Denkfabriken wie z. B. die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) sind privat finanziert. Von ihnen werden politische Konzepte im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen entwickelt und vorwiegend mit werbetechnischen Mitteln vermarktet.

- **Wirtschaftswissenschaften**

Der Mainstream der Wirtschaftswissenschaften liefert derzeit die Legitimation wirtschaftlicher Macht und der Verantwortungslosigkeit ihres Handelns. Unter Voraussetzung des Axioms des Homo oeconomicus, werden für die Inhaber wirtschaftlicher Macht folgende Aussagen „wissenschaftlich“ untermauert:

- Sie sollen ohne moralische oder ethische Rücksichtnahmen handeln
- Ihre einzige gesellschaftliche Verantwortlichkeit besteht darin, ihre Gewinne zu maximieren
- Damit tragen sie automatisch zum optimalen Funktionieren der Wirtschaft bei

- **Internationale Institutionen und Abkommen**

- Internationale Institutionen, die wirtschaftliche Interessen vertreten, sind z. B. IWF, Weltbank, WTO, ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes), Troika.

- Internationale Abkommen: Freihandelsabkommen wie NAFTA, TPP, EPAs

Im Gegensatz zu internationalen Abkommen, die Menschenrechte oder Sozialstandards betreffen (z. B. die ILO Konventionen), besitzen internationale Institutionen und Abkommen bezüglich wirtschaftlicher Interessen einen weitaus höheren Grad an Verbindlichkeit und werden u. a. über die oben genannten Organisationen meist durchgesetzt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass eine immer kleiner werdende Gruppe von Menschen darüber entscheidet

- wer wo was produziert
- wie weltweite Einkommen verteilt werden und damit indirekt
- welche Steuereinnahmen Staaten zur Verfügung stehen

Damit und über die genannten Einflusskanäle werden auch politische Entscheidungen massiv im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen beeinflusst, wie man an vielen Beispielen politischer Entscheidungen sehen kann, die gegen den Willen von Mehrheiten gefällt werden. Das betrifft Kriegseinsätze, Steuerermäßigungen für Reiche, den Klimaschutz etc.

Die immer kleiner werdende Gruppe der wirtschaftlich Mächtigen hat damit eine unkontrollierte, dominante Macht, die Demokratie zunehmend neutralisiert.

### **3 Vergleich demokratischer Entscheidungsprozesse mit Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft**

#### **3.1 Stufen des Entscheidungsprozesses einer Unternehmung**

Bei Entscheidungsprozessen können im Allgemeinen drei Stufen unterschieden werden:

1. **Zielsetzung**  
Bei einer Unternehmung wird zunächst entschieden, welche Ziele damit erreicht werden sollen.
2. **Planung**  
In der Planung einer Unternehmung wird darüber entschieden, mit welchem Zeitplan und mit welchen Mitteln sie durchgeführt wird.
3. **Durchführung**  
Während der Durchführung wird die Planerfüllung überwacht und über Planabweichungen entschieden.

Im Folgenden wird ein demokratischer Entscheidungsprozess mit einem Entscheidungsprozess in der Wirtschaft in Bezug auf diese drei Stufen verglichen.

### 3.2 Demokratischer Entscheidungsprozess „Bundesverkehrswege“

Im Projekt Ausbau und Erhalt der Bundesverkehrswege der Bundesrepublik Deutschland sehen die drei Stufen des Entscheidungsprozesses wie folgt aus:

- Zielsetzung  
Die Zielsetzung für den Bundesverkehrswegeplan 2015 wird in der Grundkonzeption festgelegt [3], die in einem Abstimmungsprozess unter Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt wurde (<http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/bundesverkehrswegeplan-2015-konsultationsverfahren-grundkonzeption.html>). Die Oberziele und daraus abgeleitete Ziele und Lösungsstrategien sind

Tabelle 1: Oberziele und abgeleitete Ziele bzw. Lösungsstrategien für den BVWP 2015

Verkehrspolitische Oberziele	Abgeleitete Ziele u. Lösungsstrategien für den BVWP 2015
Mobilität im Personenverkehr ermöglichen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Substanzerhaltung</li> <li>• Verbesserung Verkehrsfluss/Engpassbeseitigung (inkl. Verkehrsmanagement)</li> <li>• Verbesserung von Erreichbarkeiten/Anbindungsqualität</li> </ul>
Sicherstellung der Güterversorgung, Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Substanzerhaltung</li> <li>• Verbesserung Verkehrsfluss/Engpassbeseitigung (inkl. Verkehrsmanagement)</li> <li>• Zuverlässigkeit von Transporten</li> <li>• Transportkostensenkungen</li> </ul>
Erhöhung der Verkehrssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Substanzerhaltung</li> <li>• Verlagerung auf Verkehrswege mit höherer Verkehrssicherheit</li> </ul>
Reduktion der Emissionen von Schadstoffen und Klimagasen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserung Verkehrsfluss/Engpassbeseitigung (inkl. Verkehrsmanagement)</li> <li>• Verkehrsverlagerung</li> <li>• Substanzerhaltung</li> </ul>
Begrenzung der Inanspruchnahme von Natur und Landschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrenzung des zusätzlichen Flächenverbrauchs</li> <li>• Kein weiterer Verlust unzerschnittener Räume</li> <li>• Substanzerhaltung</li> </ul>
Verbesserung der Lebensqualität in Regionen und Städten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lärminderung</li> <li>• Entlastung von Orten/Erschließung städtebaulicher Potenziale</li> </ul>

- Planung  
Die Planung, was wann gebaut wird, wird im Bundesverkehrswegeplan unter der Regie der Bundesregierung fortgeschrieben. Welcher Plan letztendlich zur Durchführung freigegeben wird, entscheidet der Bundestag und damit die Volksvertretung. Sieht man von den in Abschnitt 2 beschriebenen Einflussnahmen ab, wird die Entscheidung transparent und im Interesse der gesamten Bevölkerung gefällt.
- Durchführung  
Die Durchführung obliegt dem Bundesverkehrsministerium bzw. ihm untergeordneten Behörden. Sie wird durch öffentliche Ausschreibungen umgesetzt und ist damit transparent.

Der Entscheidungsprozess ist in allen Schritten transparent und berücksichtigt die Interessen der Gemeinschaft.

### **3.3 Entscheidungsprozess zum Bau/zur Schließung eines Autowerks**

Der Entscheidungsprozess zum Bau bzw. zur Schließung eines Autowerks ist i. d. R. intransparent. In den einzelnen Stufen wird wie folgt entschieden:

- Zielsetzung  
Die Hauptzielsetzung ist die Gewinnmaximierung. Daraus abgeleitete Ziele werden von den Eigentümern (Aufsichtsrat, Gesellschafterversammlung etc.) in Zusammenarbeit mit der Unternehmensleitung festgelegt.
- Planung  
Die Planung wird von der Unternehmensleitung unter Aufsicht und Beteiligung der Eigentümer und in Abstimmung mit Fremdfinanzierern (i. d. R. Banken) durchgeführt.
- Durchführung  
Die Unternehmung wird von der Unternehmensleitung unter Aufsicht der Eigentümer durchgeführt.

Der Entscheidungsprozess ist in allen Phasen nicht öffentlich und daher intransparent. Es werden nur die Interessen der Eigentümer berücksichtigt.

## **4 Alternativen zur antidemokratischen Wirtschaft**

Die zwei wesentlichen Felder, die die kapitalistische Wirtschaftsweise antidemokratisch machen, sind die nur an den Interessen der Eigentümer orientierten Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft und die unkontrollierte Machtkonzentration, die auch und gerade in Demokratien eine dominante Einflussnahme auf die Politik zur Folge hat.

Die im Folgenden dargestellten Grundsätze für Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft sind im Wesentlichen den drei Quellen [4], [5] und [6] entnommen.

### **4.1 Demokratische Gestaltung von Entscheidungsprozessen in der Wirtschaft**

Eines der Hauptinstrumente zu einer demokratischen Gestaltung der Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft sind Mitbestimmungsmodelle in Unternehmen. In den angegebenen Quellen sind folgende Modelle vorgeschlagen:

- eine größenabhängig zunehmende Mitbestimmung von Belegschaft und Gesellschaft (s. [4], S. 86ff)
- Wirtschaftsräte, die strategische und operative Entscheidungen treffen und drittelparitätlich mit Vertretern der Eigentümer, Beschäftigten und der Öffentlichkeit besetzt sind. Wirtschaftsräte werden ab 30 Beschäftigten und einem Umsatz über 500.000 EUR eingesetzt (s. [5], S. 133ff).
- Vollständige Kontrolle von Unternehmen durch die Belegschaft (s. [6], S. 49ff)

Ein weiteres Hauptziel ist die demokratische Kontrolle von Investitionsentscheidungen. In [4] ist eine demokratische Bank vorgeschlagen, deren Kreditvergaben transparent und demokratisch kontrolliert sind (s. S. 76ff). In [6] wird ein nationaler durch Unternehmenssteuern finanzierter Investmentfonds für Neuinvestitionen vorgeschlagen (S. 51ff). Das sind Investitionen in technische und andere Entwicklungen, die nicht im Rahmen bestehender Firmen geleistet werden (können). Über Neuinvestitionen aus diesem Fonds entscheidet z. T. eine zentrale Institution, z. T. wird das Geld über ein Netz von öffentlichen Banken, die im Wettbewerb zueinander stehen, nach kapitalistischen Kriterien vergeben.

Ziel in allen Alternativen zur antidemokratischen Wirtschaft ist es, Entscheidungsprozesse in der Wirtschaft so zu gestalten, dass die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt und möglichst integriert werden. Für die einzelnen Stufen von Entscheidungsprozessen könnte dies folgendermaßen aussehen

- Zielsetzung

Die Zielsetzungen von Unternehmungen in der Wirtschaft werden in drei Stufen festgelegt:

- In einer Wirtschaftsverfassung, in der die allgemeinen Ziele und Grundregeln des Wirtschaftens festgelegt werden. Vorschlag ist, Wirtschaftsverfassungen durch direkt vom Volk gewählte Konvente in einer breiten öffentlichen Diskussion zu erarbeiten und durch Volksabstimmungen zu beschließen (s. z. B. [4], S. 134ff).
  - Durch konkrete politische Vorgaben bezüglich strukturpolitischer Ziele, die z. B. durch Wirtschaftsparlamente festgelegt werden.
  - Durch Unternehmensziele bzw. Ziele für konkrete Investitionsprojekte. Sie werden von Aufsichtsgremien festgelegt, die gemäß den oben beschriebenen Mitbestimmungsmodellen besetzt sind.
- Planung
    - Die Planung wird von der Unternehmensleitung unter Aufsicht der Aufsichtsgremien durchgeführt.
    - Erforderliche Fremdinvestitionen werden dabei von den öffentlich kontrollierten Banken entschieden
  - Durchführung von Investitionsprojekten bzw. Tagesgeschäft
    - Die Durchführung wird von der Unternehmensleitung kontrolliert, die dabei gegenüber den Aufsichtsgremien und den Fremdfinanzierern rechenschaftspflichtig ist.

#### **4.2 Beschränkung politischer Einflussnahme**

Die Beschränkung ungleicher politischer Einflussnahmen kann am einfachsten durch eine Beschränkung der Ungleichheit von Vermögen und Einkommen erreicht werden. Dazu gibt es folgende Vorschläge:

- Eine Beschränkung der Einkommen durch Beschränkung des Verhältnisses zwischen Mindest- und Höchsteinkommen, z. B. auf 1:10 oder 1:20.
- Eine Beschränkung des Geldvermögens, z. B. durch progressive Vermögenssteuern mit sehr hohen Spitzensteuersätzen bzw. Spitzensteuersätzen von 100%.
- Immobilienbesitz: kein Eigentum an Immobilien sondern nur Nutzungsrechte, die sich am Bedarf orientieren.
- Unternehmen: in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße progressive Mitbestimmung, degressiver Kapitalbesitz der Eigentümer und degressive Gewinnentnahmen durch Eigentümer.

## **5 Literatur**

- [1] S. Vitali, J. Glattfelder, S. Battiston, "The network of global corporate control" and "The Network of Global Corporate Control", ([http://arxiv.org/PS\\_cache/arxiv/pdf/1107/1107.5728v2.pdf](http://arxiv.org/PS_cache/arxiv/pdf/1107/1107.5728v2.pdf))
- [2] James B. Glattfelder, "Who controls the world", Vortragsvideo auf YouTube (<http://www.youtube.com/watch?v=NgbqXsA62Qs>)
- [3] Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, „Grundzüge für den Bundesverkehrswegeplan“, Kurzfassung ([http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/bvwp-2015-grundkonzeption-kurzfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/bvwp-2015-grundkonzeption-kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile))
- [4] Christian Felber, „Gemeinwohl-Ökonomie“, Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien 2010 und 2012
- [5] Akademie Solidarische Ökonomie (Hrsg.), Harald Bender, Norbert Bernholt, Bernd Winkelmann, „Kapitalismus und dann?“, oekom Verlag, München 2012
- [6] David Schweickart, „After Capitalism“, Second Edition, Rowman & Littlefield Publishers Inc., 2011